

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

EINGABENAUSSCHUSS

VORSITZENDE
DAGMAR WIEDEMANN

EINGABENBÜRO

Tel.: (040) 42831-1324

eFax: (040) 4279-10055

E-Mail: eingabendienste@bk.hamburg.de

ANSCHRIFT

Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

BÜRGERSCHAFT ONLINE

www.hamburgische-buergerschaft.de

Hamburgische Bürgerschaft, Postfach 10 09 02, 20006 Hamburg

Herrn
Joerg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

Datum der Eingabe

16.08.2021

Geschäftszeichen

669/21

Datum

02.09.2021

Verhinderung einer Fernwärmetrasse mit Elbunterquerung

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

als Geschäftsführer der openPetition gGmbH haben Sie eine Petition zur Verhinderung einer Fernwärmetrasse mit Elbunterquerung eingereicht, deren Ziel eine Alternativenprüfung ist. Danach wäre die sogenannte „Nordvariante“ im Bereich des Stellingner Moors eine bessere Alternative, welche bisher nicht geprüft worden sei. Diese Variante hätte Vorteile. Es wäre ein höherer Anteil an erneuerbarer Energie möglich, das Heizkraftwerk Wedel könnte schneller abgeschaltet werden, die Variante sei kostengünstiger und berge geringere Risiken.

Ergebnis

Als Vorsitzende des Eingabenausschusses teile ich Ihnen mit, dass der Eingabenausschuss Ihr Anliegen in seiner Sitzung am 24.08.2021 eingehend beraten hat; er hat der Bürgerschaft aufgrund dieser Beratung empfohlen, Ihre Eingabe für "nicht abhilfefähig" zu erklären, weil Ihrem Begehren nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden kann. Die Bürgerschaft hat diese Empfehlung in ihrer Sitzung am 01.09.2021 angenommen.

Begründung

Bereits im März 2021 hatte der Eingabenausschuss über eine gleichlautende Petition beraten und der Bürgerschaft aufgrund seiner Beratung empfohlen, die Eingabe für "nicht abhilfefähig" zu erklären. Die Bürgerschaft war der Empfehlung gefolgt. Da die von Ihnen eingereichte Eingabe gleichlautend ist, hat der Ausschuss genauso über sie entschieden und mich gebeten, Ihnen die Entscheidung zu erläutern.

Zu der Eingabe hatte die *Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft* (BUKEA) auf das laufende Planfeststellungsverfahren zur Fernwärmesystemanbindung-West (FWS-West) hingewiesen.

Das Planfeststellungsverfahren ist ein in gesetzlich angeordneten Fällen durchzuführendes besonderes Verwaltungsverfahren über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Vorhaben und Infrastrukturmaßnahmen. Es verläuft nach gesetzlichen Vorgaben in formalisierten Bahnen. Sowohl das Verfahren als auch die Themen sind sehr komplex. Mehrere politische und administrative Ebenen sind involviert und die Zeiträume von der Planung bis zur Projektumsetzung sind sehr lang. Die Behörden sind verpflichtet, die Rechtmäßigkeit des Verfahrens sicherzustellen.

Planfeststellungsverfahren bieten zwar keine Lösung politischer Konflikte, sollen aber durch die im Verfahren stattfindende Erörterung Vertrauen innerhalb der Bevölkerung schaffen.

Laut Senat wurden die Planunterlagen des Antrags zur FVVS-West am 24.06.2020, die nachgereichten Unterlagen (UVP-Bericht Anhang) vom 13.07.2020 bis einschließlich 13.08.2020 öffentlich ausgelegt und sind für den gesamten Verlauf des Verfahrens online einsehbar.

Einwendungen gegen das Vorhaben konnten bis zum 14.09.2020 bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht werden. Ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und Einwendungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingebracht hatten, ist dem Ausschuss nicht bekannt.

Der Senat hatte in seiner Stellungnahme von Anfang Januar 2021 darauf verwiesen, dass der Erörterungstermin voraussichtlich ab Ende Januar 2021 als Online-Konsultation durchgeführt wird. Die Möglichkeit, anstelle eines sonst im Planfeststellungsverfahren üblichen Erörterungstermins eine Online-Konsultation abzuhalten, wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie zur Minderung des Risikos der weiteren Ausbreitung des Virus eröffnet (vgl. § 5 Absatz 1 des *Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie* — Planungssicherungsgesetz — PlanSiG).

Im Verfahren der Online-Konsultation kann zu behandelnden Informationen vorge tragen werden. Diese Informationen werden den zur Teilnahme Berechtigten gem. § 5 Abs. 4 PlanSiG für die Online-Konsultation zugänglich gemacht. Hierzu erhalten die Behörden und diejenigen, die Einwendungen erhoben, Stellungnahmen abgegeben oder sich zu den Umweltauswirkungen geäußert haben, ein entsprechendes Schreiben der Anhörungsbehörde.

Darüber hinaus stellte der Ausschuss fest, dass die Bezirksversammlung Altona zu Ihrer Forderung einen Beschluss zur Prüfung der sog. „Nordvariante“ gefasst hat (Drucksache 21-0897E, vom 28.05.2020). Die BUKEA ist darum gebeten worden, eine Synopse zu erarbeiten, in der Nord- und Südvariante gegenübergestellt werden. Dieses Planwerk sollte alle entscheidungsrelevanten Faktoren enthalten. Die Gegenüberstellung der Planvarianten soll in allgemein verständlicher Sprache verfasst sein, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine unabhängige Meinungsbildung bezüglich der Varianten zu ermöglichen. Laut Mitteilungsdrucksache hat die BUKEA zu dem Beschluss Stellung genommen (Drucksachen-Nr.: 21-1053). Demnach wird eine Synopse als nicht geeignet angesehen, weshalb die BUKEA beabsichtige, eine andere Form der Darstellung zu erarbeiten. Ob und wenn ja, welche Darstellung indessen erarbeitet worden ist, blieb im Eingabeverfahren offen.

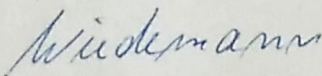
Dem Ausschuss ist auch nicht bekannt, inwieweit die Einwendung der mit der Eingabe vorgeschlagenen Planungsalternative erhoben und im Rahmen der Online-Konsultation behandelt worden ist.

Im Ergebnis ist ein Planfeststellungsbeschluss nur bedingt gerichtlich überprüfbar. Die Auswahl unter verschiedenen in Frage kommenden Trassenvarianten ist gerichtlicher Kontrolle nur begrenzt auf Abwägungsmängel hin zugänglich. Bei der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials müssen einerseits alle ernsthaft in Betracht kommenden Alternativlösungen berücksichtigt und mit der ihnen zukommenden Bedeutung in die vergleichende Prüfung der jeweils berührten öffentlichen und privaten Belange eingestellt werden.

Eine Planfeststellungsbehörde handelt andererseits nicht schon dann abwägungsfehlerhaft, wenn eine von ihr verworfene Trassenführung ebenfalls mit guten Gründen vertretbar gewesen wäre. Vielmehr sind die Grenzen der planerischen Gestaltungsfreiheit erst dann überschritten, wenn sich eine andere als die gewählte Trassenführung unter Berücksichtigung aller abwägungserheblichen Belange eindeutig als die bessere, weil öffentliche und private Belange insgesamt schonendere, hätte aufdrängen müssen oder wenn der Planfeststellungsbehörde infolge einer fehlerhaften Ermittlung, Bewertung oder Gewichtung einzelner Belange ein rechtserheblicher Fehler unterlaufen ist.'

Das Eingabeverfahren ist mit seinen Mitteln letztlich ungeeignet, um das Planfeststellungsverfahren zu begleiten. Es wird grundsätzlich auch kein Erfordernis gesehen, das komplexe Planfeststellungsverfahren, in dem auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung gewährleistet ist, mit einem zusätzlichen Verfahren zu flankieren.

Mit freundlichen Grüßen



Dagmar Wiedemann